

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

seit fast zwei Wochen befinden wir uns im „Lockdown light“. **Eine Kraftanstrengung, die wir alle gemeinsam durchstehen wollen.** Denn nur mit gegenseitiger Rücksicht und Solidarität schaffen wir es, das Coronavirus wirksam einzudämmen und eine Überlastung des Gesundheitssystems abzuwenden. Doch um den Unternehmen, die jetzt zusperren mussten, sinnvoll zu helfen, gibt es ein weiteres unbürokratisches Maßnahmenpaket des Bundes: **Zehn Milliarden Euro stehen als Überbrückungshilfen bereit.** Damit sollen bis zu 75 Prozent des Umsatzes von November 2019 erstattet werden, die noch diesen Monat ausbezahlt werden.



Wir finden, das ist ein wichtiges Zeichen des solidarischen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft.

Und zusätzlich zu den Hilfen des Bundes steht auch der Freistaat seinen Bürgern zur Seite: **BayernFonds und großzügige Kreditvergaben werden bis Mitte nächsten Jahres weitergeführt.** Außerdem erhalten die besonders hart gebeutelten **Corona-Hotspots im Freistaat mehr Mittel** und auch das Kultusministerium unter Minister Michael Piazolo investiert kräftig in unser Bildungswesen, um gut durch die Krise zu kommen. So wurde mit dem Maßnahmenpaket zur **Aufstockung von Team-Lehrkräften, der Schaffung von 400 Schulassistentenstellen und Lüftungsmaßnahmen** die richtige Entscheidung zur Entlastung unserer Schulfamilien getroffen. Ein wichtiges Signal, denn nur gemeinsam meistern wir die Corona-Krise – wir sind „**Team Bayern**“!



10 MILLIARDEN

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

- ✓ **Bund stellt für den November ÜBERBRÜCKUNGSHILFEN in Höhe von 10 Milliarden Euro bereit**
- ✓ **in der Regel Erstattung von bis zu 75 PROZENT des durchschnittlichen wöchentlichen Umsatzes im November 2019**
- ✓ **schnelle und unbürokratische PRÜFUNG und AUSZAHLUNG durch die FINANZÄMTER**

FÜR UNSERE WIRTSCHAFT

Rückblick

Bei einer Aktuellen Stunde vergangenen Donnerstag im Plenum haben wir den Zusammenhalt der Menschen in Bayern betont. Denn die Pandemie betrifft ausnahmslos jeden von uns und niemand kann dem Virus im Alleingang die Stirn bieten. Stattdessen sind wir existentiell auf die Solidarität sämtlicher Mitglieder unserer Gesellschaft angewiesen: **Alle Menschen im Freistaat stehen Covid-19 gemeinsam als ‚Team Bayern‘ gegenüber.** Im Gesundheitswesen, an unseren Schulen oder im Ehrenamt – hunderttausende Bürgerinnen und Bürger leisten seit Monaten erheblich mehr, als es ihre Pflicht wäre. Zusätzlich sind gigantische Wirtschaftshilfen Ausdruck des ökonomischen Zusammenhalts unserer sozialen Marktwirtschaft. **Die Politik übt dabei einen**

Abgeordneter Manfred Eibl,
Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

einzigartigen Schulterschluss der Demokraten über die Grenzen aller Bundesländer und Parteien hinweg. Auch im Privaten leistet jeder Einzelne durch den Verzicht auf Kontakte, Veranstaltungen, Kunst, Kultur und Sport einen persönlichen Beitrag dazu, unsere Heimat gut durch diese schwierige Zeit zu bringen. Weil all dies für die überwältigende Mehrheit der Menschen im Freistaat selbstverständlich ist, dürfen wir uns aber auch trauen, einer lauten, unsolidarischen Minderheit die Mitwirkung an unseren gemeinsamen Bemühungen abzuverlangen. **Denn in einer Demokratie hat niemand das Recht, seine Schere an dem Netz anzulegen, das uns alle dieser Tage trägt. Meinungsfreiheit bedeutet nicht, dass unsere Gemeinschaft sich von uneinsichtigen Wirrköpfen auf der Nase herumtanzen lassen muss.** Das gilt für die regelbrüchigen Demonstranten vergangenes Wochenende in Leipzig genauso wie für die Corona-Leugner in den Reihen der AfD.



Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir uns dafür eingesetzt, die **Gastro-Mehrwertsteuer dauerhaft auf sieben Prozent zu senken.** Angesichts der enormen Belastungen des Gastgewerbes durch die Ausgangsbeschränkungen im Frühjahr und den zu befürchtenden Folgen des neuerlichen „Lockdown-Light“ ist ein solcher Schritt von größter Bedeutung. **21 von 28 europäischen Staaten haben einen solchen verringerten Mehrwertsteuersatz bereits realisiert. Daher soll sich auch die Bundesregierung einen steuerpolitischen Ruck geben, der es Hotels und Gaststätten erleichtert, den coronabedingt anfallenden Schuldenberg abtragen zu können.** Die befristete Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Restaurations- und Verpflegungsdienstleistungen bis zum 30. Juni 2021 reicht hierfür jedoch nicht aus. Nur eine langfristige Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent wird den Gasthäusern helfen zu investieren. Denn eine dauerhafte Senkung der Umsatzsteuer eröffnet neue finanzielle Spielräume. Deshalb fordern wir: **Die Gastronomie in Bayern kämpft ums Überleben. Sie braucht Hilfe – jetzt!**



Mit einem weiteren Dringlichkeitsantrag wollen wir für mehr **Transparenz bei den Corona-Schutzmaßnahmen** sorgen. Aktuelle Fakten über Inzidenzzahlen, Hospitalisierung und Auslastung der Intensivbetten müssen klar, verständlich und leicht zugänglich sein – nur so können wir die Akzeptanz für die verordneten Maßnahmen erhöhen. Ein solches Informationsportal kann beispielsweise beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) angesiedelt sein, das bereits seit Ausbruch der Pandemie umfangreiche Materialien publiziert und fortwährend aktualisiert. **Wir haben es inzwischen mit einer regelrechten Informationsflut zu tun, die für Verunsicherung und Überforderung in der Bevölkerung sorgt.** Für die Bürgerinnen und Bürger wird es zunehmend schwieriger, zwischen offiziellen Informationen und einschlägiger Meinungsmache zu unterscheiden. Zudem sind die Informationen, die auf den staatlichen Plattformen der Landesministerien oder des RKI angeboten werden, mittlerweile sehr umfangreich. **Wegen der Dynamik des Infektionsgeschehens genügt es nicht mehr, auf die geltenden, teils schwerverständlichen Verordnungen auf den Internetseiten der Ministerien zu verweisen.** Stattdessen wollen wir alle relevanten Informationen bündeln. **Ziel muss sein, dass sich Nutzerinnen und Nutzer über die geltenden Regelungen und Empfehlungen zur Corona-Lage und die regionalen Infektionszahlen leicht informieren können.** Denn Transparenz fördert Akzeptanz. Das ist die wichtigste Voraussetzung, um das hochinfektiöse Coronavirus wirksam und dauerhaft einzudämmen.

Außerdem haben wir uns gegen die geplante Grundsteuer C starkgemacht. **Diese neue Baulandsteuer lehnen wir ab, da wir Vorteile für unsere Gemeinden nicht erkennen können.** Kein Grundstücksbesitzer wird beim derzeitigen Wertzuwachs wegen weniger hundert Euro zusätzlicher Grundsteuer sein Grundstück verkaufen. In der Folge werden Gemeinden auch nicht mehr Baugrundstücke zur Verfügung stehen. **Der gewünschte Effekt der Grundsteuer C wird in der derzeitigen Situation, die kein Abflachen der Wertsteigerungskurve erkennen lässt, also schlicht nicht eintreten.** Hinzu kommt, dass die Kommunen mittels einer Grundsteuer C keine nennenswerten Mehreinnahmen generieren können – der zu erbringende **Verwaltungsaufwand steht außerdem in keinem Verhältnis.** Wir FREIE WÄHLER im Landtag machen uns stattdessen für ein einfaches Grundsteuersystem ohne zusätzliche Bürokratie stark. Eine Steuerschraube nach dem Motto ‚und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt‘ wird es mit uns nicht geben.



**Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien eine schöne Herbstwoche
– Gott schütze Sie und bitte bleiben Sie gesund!**

Euer

Manfred Eibl, MdL mit seinem TEAM



Impressum

Simone Hannen,
Büroleitung, Persönliche Assistentin
V.i.S.d.P.:
Abgeordnetenbüro Manfred Eibl, MdL
Am Lindberg 17
94157 Perlesreut
Telefon +49 8555 4058548
Handy +49 170 9524965
E-Mail kontakt@manfred-eibl.de

Abgeordneter Manfred Eibl,
Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Newsletter 46/20

Internetseite www.manfred-eibl.de

Facebook <https://www.facebook.com/Manfred.Eibl.TW2018>

Abgeordneter Manfred Eibl,
Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung